

Protokoll vom Attac-Ratstreffen am 20. Mai 2006 in Hannover

Anwesend: 31 Personen (darunter 2 Gäste von Attac Österreich)

Moderation: Philipp Hersel

Protokoll: Thomas Löding

1. Begrüßung

2. Protokoll

Protokoll vom letzten Ratstreffen am 18. Februar 2006 in Frankfurt wird angenommen.

3. Ratspräsidentschaft

Vom 01. Januar bis 30. Juni 2007 liegt die EU-Ratspräsidentschaft in Deutschland. Zur Diskussion über die Frage, wie Attac D sich dazu verhalten soll, berichten Gäste von Attac Österreich (Bettina Urbanek und Pier Paolo Pasqualoni, z. Zt. beide im Gender-Mainstreaming-Gremium) über ihre Erfahrungen mit dem Ratsvorsitz, welcher z.Zt. (im ersten Halbjahr 2006) in Österreich liegt.

Bettina und Pier Paolo: Ausgangslage

In Österreich wurde das Thema EU bisher kaum kritisch behandelt, einzige Ausnahme bildete die Kritik von rechter Seite. Um das wichtige Thema nicht den Rechten zu überlassen, bot es sich ein halbes Jahr nach dem erfolgreichen französischen „non“ (das französische „Nein“ wurde durchaus als „Ja“ zu einem sozialen Europa verstanden) an, in Österreich an das Thema anzuknüpfen. Attac sollte als kompetenter Player für dieses Thema etabliert werden.

Pier Paolo: Zentrale Kritik

Die EU-Strategie lässt sich als „Imperialismus nach außen und Neoliberalismus nach innen“ bezeichnen. Die Attac-Kritik fokussierte die EU-Wirtschaftspolitik. Die EU sei durch Neoliberalismus eigentlich „antieuropäisch“, Attac durch Forderungen nach sozialer Politik hingegen „proeuropäisch“

Bettina: Aktivitäten

Beginn der Ratspräsidentschaft mit Sylvesterparty unter dem Motto: „Wir sind Präsident!“, am folgenden Morgen „Katerfrühstück“ mit Pressekonferenz und Präsentation eines neuen EU-Buches („Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen“ 19,90 Euro).

Die Präsentation des Buches sorgte in vielen Städten für Medienöffentlichkeit, da zum einen die Kritik recht neu in Österreich war (Buch wurde als seriös und kompetent aufgenommen) und es zum anderen parallel zu offiziellen Veranstaltungen präsentiert werden konnte. Die offiziellen EU-Veranstaltungen fanden auch in vielen kleineren Städten statt, so dass die Lokalgruppen vor Ort Begleitveranstaltungen machen konnten. Interne Mobilisierung und Fundraising haben gut funktioniert.

Pier Paolo: Die Konferenz „Alternativer ECOFIN“ war hochkarätig international besetzt, u.a. mit Jeremy Rifkin, Memo-Gruppe u.v.m. Das Event war komplett „gender gemainstreamt“. Ein Vorteil gegenüber Medienvertretern, die zumindest den Schein von gender-Ausgleich wecken wollten, war, dass Attac im Vergleich zur EU mehr kompetente Frauen zu Wirtschaftsthemen bereitstellen konnte, um Medienanfragen zu beantworten.

Ein weiterer Vorteil der gender-Berücksichtigung war, dass viele Frauen erstmals aktiv geworden sind (Moderation, Reporting) und dadurch jetzt dauerhaft eingebunden werden konnten.

Zur Kampagne gehört auch eine umfangreiche Homepage, Lesungen mit Prominenten in Theatern u.ä. sowie die bald kommende „finnische Abschlußparty“ mit Aktiven von Attac Finnland (dort ist im zweiten Halbjahr 06 der Vorsitz).

Bettina: Orga

Es gab ein Orga- und ein Programmteam aus je 5-6 Leuten.

Daneben noch zwei Koordinatoren, die formell keine „Macht“ hatten, aber informell durch lange Erfahrung und Kontakte wichtige Schlüsselfiguren waren, ohne die der Ablauf so nicht möglich gewesen wäre.

Pier Paolo: Kooperationsangebote für pot. Aktivitäten von Attac D:

- Infos bei Bedarf nach Expertise
- Einladung zur Abschlußparty
- Attac D könnte auf österreichischer Homepage aufbauen, weiter ausbauen
- evtl. parallele Arbeit zu Themen in Österreich, die in 2007 in D relevant sind
- Vernetzung in Kampagnenarbeit und gemeinsame Zusammenarbeit stärken

--Direkt im Anschluss Input von *Stephan Lindner* zum EU-Vorsitz in D:

Themen 2007 könnten Bürokratie-Abbau und Energiepolitik sein.

Außerdem EU-Verfassung (z.Zt. aber unklar, wie es weitergeht) oder Bolkestein (zur Zt. ebenfalls unklar). Themen-Lücke in BRD nicht so groß wie Ö, da bei uns auch WASG/Linkspartei und Gewerkschaften EU-Kritik üben, es gebe also voraussichtlich kein Alleinstellungsmerkmal für Attac-D.

EU-Aktivitäten bei Attac-D: Bundesweite EU-AG, EU-AG des wiss. Beirats. Veranstaltungen u.a. in Thüringen und S-H geplant. EU-Bezug bisher auch in der AG-Wissensallmende stark (Kampagne gegen Softwarepatente). AG Glob. und Ökologie, AG Glob. und Krieg sowie Kamp. Int. Steuern beziehen sich auch immer wieder auf EU, sie bilde also ein wichtiges Querschnittsthema in Attac.

Wie wichtig soll EU für Attac 2007 werden? G8 soll unbestritten der Jahreshöhepunkt 2007 werden. Im Kokreis herrschen zur Frage „wieviel zu EU“ versus „wieviel zu G8“ mobilisieren drei Positionen vor: 1) Ressourcen ausschließlich auf G8 fokussieren, 2) nur mehr Ressourcen aufwenden, wenn Thema wie Bolkestein o.ä. akut wird, 3) G8 und EU sind kombinierbar, Synergieeffekte sind grundsätzlich möglich.

■ Nach Verständnisfragen folgen Beiträge zur Strategie für 2007 aus dem Plenum

In einer längeren und nicht leidenschaftslosen Diskussion werden zum Teil die Gemeinsamkeiten/Vorteile einer Verknüpfung von EU/G8 hervorgehoben (beides sind „imperiale Projekte“, bei beiden lässt sich der Umgang mit Entwicklungsländern/die Wirkung nach außen thematisieren), zum Teil die Schwierigkeiten einer Verknüpfung von G8 mit EU (bisheriger Bündnisprozeß in G8-Mobilisierung Richtung NGO-Szene/Spektrum links von Attac tendiert zu „Außenwirkungsthema“, wichtige Bündnispartner bei EU wären Gewerkschaften, evtl. WASG/Linkspartei, die zu „Binnenwirkungsthemen“ tendieren).

Vorschlag von *Hardy Krampertz*: Eine Koordinationsgruppe soll schlichten/Überschneidungen herausheben.

13:20 Mittagspause
14:30 Fortsetzung

Heinrich Piotrowski: Statt einer Koordinationsgruppe soll eine Gruppe aus dem Rat gebildet werden, die nicht „koordiniert“ (also z.B. der G8 PG oder EU AG keine „Anweisungen“ geben darf) sondern deren Aufgabe es ist, die Vereinbarkeit beider Themen herauszustellen und aufgrund dessen einen Vorschlag erarbeitet, wie Attac im ersten Halbjahr 2007 (bzw. schon früher) seine Ressourcen aufteilt.

Diese „Dachgruppe“ soll dabei mittelfristig auch die anderen AGs in Attac nicht außer acht lassen sondern sich der wichtigen Aufgabe widmen, den (von manchen so bezeichneten) thematischen „Bauchladen“ der Attac-Themenvielfalt so weit möglich/nötig unter ein Dach (ein Motto, ein Gerüst,...) zu stellen bzw. zu schauen, ob es mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den AGs gibt.

Für diese Rats-AG melden sich Hardy Krampertz, Heinrich Piotrowsky, Ralf Pichler, Brigitte Oehrlein, Philipp Hersel, Stefan Lindner, Marlene Werfl. Erster TK-Termin folgt in Kürze.

Der daran anschließende Antrag Volkers für eine ReferentInnenschulung für beide Themen wird im Konsens angenommen, Volker erklärt sich zur Begleitung des Prozesses bereit.

4. Rückschau Ratschlag

Orga: siehe ToDo-Liste Ratschlagsvorbereitung von Steffen Stierle, Anhang 2)
Bewertung: Programm, Inhalt und Strukturierung wurde mehrfach gelobt, „einer der besten Frühjahrsratschläge überhaupt“; geringe Teilnehmerzahl unter 150 wurde beklagt.

Nächster Ratstermin:

Geändert in *zweitägig* am 16./17. September, Ort Ffm. ODER Hannover (je nach Raumzusage). *Zweitägig*, um das drängende und lange aufgeschobene Gender-Thema ausführlich angehen zu können. Bettina und Pier Paolo (bzw. Vertreter) aus dem österreichischen Gender-Gremium sind wieder eingeladen.

Rats-AK-Berichte: Es wird um regelmäßige konkrete Berichte der Rats-Aks gebeten (Bericht über Untätigkeit ist auch ein hilfreicher Bericht)

SoAk: Marlene Werfl berichtet, dass trotz vielseitigem Programm noch nix zur G8 dabei ist. Zudem ist wieder eine Open-Space-Phase eingeplant, zu der Ideen + Inputs erwünscht sind.

5. Demonstrationen

Berlin 3. Juni 2006: Legitimiert durch den Ratschlag koordiniert *Stefan Lindner* unsere diesbezüglichen Aktivitäten. Die Aussicht auf Bsirske als Redner eröffnet evtl. neue Möglichkeiten der Mobilisierung vor Ort mit Gewerkschaften. Momentaner Stand lässt auf größere Beteiligung hoffen als ursprünglich erwartet, angekündigte Alg-II-Kürzungen tragen zudem dazu bei, dass Thema explosiv bleibt.

Dorothea weist auf eigenen Wagen von Attac-Berlin ein und lädt alle ein, dorthin zu kommen, es gibt auch eine Redemöglichkeit.

Demo kommt nach Beratung im Rat zentral auf Startseite (Konsens bei zwei Vetos).

Stralsund 14. Juli 2006 Bush: Üben für G8

Adolf Riekenberg: Zwei Demos angemeldet, davon eine rechte Demo.

Bush kommt kurz vor G8 2006 in Rußland nach Stralsund – bietet sich also für G8 Thema an, aber auch für Anti-Kriegs-Thema wg. Iran. Konsens im Rat dass Attac die Demo unterstützt, konkret evtl. den z. Zt. noch nicht vorliegenden Aufruf des Friedensratschlags.

6. Anerkennung AG ArbeitFairTeilen

(Protokollant vorübergehend abwesend, Protokoll zu diesem Punkt von Sybille Haupt)

Werner Schmiedecke (in Vetrretung für *Mohssen Mahssarat/Peter Grotjahn*) berichtet ausführlich über Ziele und Inhalte der AG.

Anerkennung als bundesweit arbeitender AK bedeutet einen formalen Arbeitsbereich zu erhalten. Der AK darf dann Flyer mit Attac-Logo drucken, Pressearbeit (nach Rücksprache mit Pressesprecher/-AG) im Namen von Attac machen usw.

Es gibt Diskussionsbedarf.

Dorothea Härlin merkt u.a. Überschneidungen zu Grundeinkommens-AG an. Zudem sei AG-Struktur nicht partizipativ. *Marianne Wildberger* kritisiert u.a. Gender-Ungleichgewicht (16 Männer und 4 Frauen). *Volker Hempelmann* kritisiert u.a. Fokus auf Erwerbsarbeit und bemängelt Einbeziehung anderer Arbeits-Arten, Hausmenschstätigkeit usw. *Sabine Leidig* hält es u.a. nicht für sinnvoll, für jedes Lösungsmodell eine AG zu gründen. *Mohssen* und *Peter* seien zudem nur wenig in Attac verankert. *Brigitte Oehrlein* kritisiert 30-h-Forderung (im Vgl. zum Grundeinkommen) als Forderung nach „Arbeitspflicht“. *Heinrich Piotrowski* mahnt bald anstehende Positionierung zu Mindestlohn an. *Lars* (AG Fairteilen) sieht in Nicht-Anerkennung eine machtpolitische Instrumentalisierung, progressive Ansätze in Attac sollten in versch. AGs nebeneinander bestehen können.

Werner Schmiedecke führte zu den kritischen Anmerkungen u.a. aus:

- der Vorwurf eines Arbeitszwangs werde zu Unrecht erhoben (nirgends in den Unterlagen davon die Rede, auch der Kontext gebe das nicht her)
- Büro, Sprecher, Koordinator/Pressesprecher seien nicht Ausdruck einer Distanzierung oder Entfernung von Gesamt-Attac, sondern eher Ausdruck großen Engagements, zumal Büro und Koordinator durch deutliche persönliche Spenden der AG-Mitglieder finanziert werden.
- Die Themen Arbeitszeitverkürzung und solidarische Arbeitsumverteilung werden bisher in Attac (außerhalb von AFT) überhaupt nicht bearbeitet, sind aber unbedingt notwendig, eine Überschneidung mit den tatsächlich von Gfa bearbeiteten Arbeitsfeldern würde er nicht sehen.
- Vor dem Hintergrund, dass ohne Arbeitszeitverkürzung kein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit erwartet werden kann, stelle sich im Grunde die Kriteriumsfrage, ob wir innerhalb von Attac das Thema Arbeitszeitverkürzung bearbeiten wollen oder nicht. Von daher bitte er die Ratsmitglieder, ihre Entscheidung über den AFT-Antrag zu bedenken.

Aufgrund der nicht unschwierig verlaufenden Diskussion soll eine neue Konsensfindungsrunde aus GfAlern und Fairteilern tagen, deren Ergebnis beim nächsten Ratstreffen präsentiert wird.

7. Solidaritätserklärung Tobias Pflüger

(Entwurf vom 19.Mai 2006 siehe Anhang 3)

Konsens für Erklärung bei 1 Veto (Erklärung von Marlene Werfl folgt per Mail über Ratsliste)

8. Verschiedenes

Erklärung gegen Zwangsprostitution

Konsens darüber, dass der Rat in diesem Fall per Mail abstimmt. Dorothea und Marianne mailen einen Entwurf über die Ratsliste. Innerhalb von fünf Tagen muß dagegen per mail über die Ratsliste veto eingelegt werden für diejenigen die „nicht damit leben können“. Indifferenz, Akzeptanz und Zustimmung = keine Mail.

ANHANG

Anhang 1 – Stefan Lindner:

Überlegungen zur Rolle Attac Deutschlands während der EU-Ratspräsidentschaft

Deutschland wird die Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 2007 inne haben. In dieser Zeit wird es den Vorsitz bei allen Ratstagungen, bei denen sich die Fachminister der Mitgliedsstaaten treffen sowie bei den Treffen des Europäischen Rats, an denen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten teilnehmen, inne haben. Dabei werden wahrscheinlich auch einige dieser Treffen nicht nur in Brüssel, sondern auch in Deutschland stattfinden.

Das politische Umfeld

Traditionell stellt die Regierung jedes Mitgliedsstaats seine Ratspräsidentschaft unter ein bestimmtes Motto, unter dem sie bestimmte Projekte, die ihr besonders am Herzen liegen, versucht auf den Weg zu bringen oder weiter voranzutreiben. Obwohl Merkel sich in den vergangenen Wochen mehrfach zur deutschen EU-Politik äußerte, ist bisher noch nicht klar ersichtlich, ob bzw. mit welchen Themen das während der deutschen Ratspräsidentschaft geschehen soll. Bei ihren letzten Äußerungen war Merkel eher bemüht, all zu hohe Erwartungen in die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zu dämpfen. Dabei war immer wieder zu hören, dass es während der deutschen Ratspräsidentschaft eine Menge Projekte geben werde, die noch aus den vorherigen Ratspräsidentschaften stammen oder weiterverfolgt werden müssten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die größere Heterogenität der EU seit der letzten Erweiterung dazu geführt hat, dass sich Regierungen während ihrer EU-Ratspräsidentschaft stärker als früher gezwungen sehen, zwischen divergierenden Meinungen zu vermitteln, und daher in dieser Zeit ihre eigene Agenda nicht in dem Maße verfolgen können, wie sie das tun, wenn sie die Präsidentschaft nicht inne haben.

Wichtige Projekte werden wahrscheinlich sein:

- Initiativen zu weiterem „Bürokratieabbau“, die mit der hohen Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit eines größeren Wirtschaftswachstum begründet werden.
- Das Voranbringen einer europäischen Energiepolitik, bei der es auch darum geht, mit wirtschaftspolitischem und militärischem Druck die Kontrolle über Rohstoffe außerhalb der EU zu erlangen und innerhalb der EU wieder stärker auf Atomenergie zu setzen.

Daneben ist noch unklar, welchen Stellenwert in dieser Zeit die Auseinandersetzungen um den EU-Verfassungsvertrag und die Dienstleistungsrichtlinie haben werden.

Beim EU-Verfassungsvertrag ist die Lage derzeit so, dass die EU-Kommission eine Phase-D ausgerufen hatte, die vor allem dazu dienen sollte, noch mal alle von diesem Projekt zu überzeugen, insbesondere in den Ländern, in denen in Referenden dagegen gestimmt wurde. Es gibt allerdings keinerlei Anzeichen, dass dies sonderlich erfolgreich war. Parallel geht die Ratifizierung des Verfassungsvertrags in den Mitgliedsstaaten, in denen das bisher noch nicht der Fall ist, weiter, wodurch zusätzlicher Druck auf die Mitgliedsstaaten ausgeübt werden soll, die dem Projekt ablehnend gegenüber stehen. Da der Zeitraum der Phase-D mittlerweile abgelaufen ist, steht die EU unter einem gewissen Druck, zu sagen, wie es jetzt weitergeht. Zu diesem Druck gehört auch, dass die derzeitige Ausgestaltung vieler EU-Institutionen, insbesondere was Größe von und Abstimmungsverfahren in Rat und Kommission angeht, von vielen Regierungen als unbefriedigend empfunden werden. Andererseits dürfte mit keiner groß angelegte Initiative vor den Präsidentschaftswahlen in Frankreich zu rechnen sein, die erst im Sommer 2007 anstehen. Es ist daher eher unwahrscheinlich, aber auch nicht ganz ausgeschlossen, dass der EU-Verfassungsvertrag während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein wichtiges Thema sein wird. Deutschland hat den Verfassungsvertrag bereits ratifiziert und die deutsche Regierung sich mehrfach dafür ausgesprochen, ihn zu retten.

Bei der Bolkesteinrichtlinie ist die Situation im Moment die, dass es weiterhin keine Einigkeit im Rat gibt. Dort sieht es derzeit so aus, dass die österreichische Ratspräsidentschaft ihr Ziel wahrscheinlich nicht erreichen kann, die Verhandlungen vor Ende ihrer Amtszeit erfolgreich abzuschließen. Die deutsche Regierung hofft derzeit, dass dies während der folgenden finnischen Ratspräsidentschaft geschehen wird. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird, ist derzeit offen. Damit kann nicht ausgeschlossen werden, dass wichtige Entscheidungen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie doch mitten in die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fallen. Die Bundesregierung befürwortet das Projekt grundsätzlich, hat aber Kritik in einigen Details, die jedoch weit hinter der von uns geäußerten zurückfallen.

Außerdem ist damit zu rechnen, dass aus Anlass der EU-Ratspräsidentschaft wichtige Bündnispartner von uns umfangreiche Aktivitäten planen. Dies trifft vor allem auf Gewerkschaften zu und die Ökologiebewegung.

Attac-Arbeit zur EU

Derzeit spielte und spielt die EU in einer ganzen Reihe von Attac-Arbeitszusammenhängen eine wichtige Rolle. Die beiden wichtigsten Projekte sind dabei sicherlich die Auseinandersetzungen um den EU-Verfassungsvertrag und die Dienstleistungsrichtlinie, die wir beide klar ablehnen. Ersteres war bisher beherrschendes Thema in der EU-AG, zu letzterem arbeitete eine eigene Kampagnengruppe. Daneben spielt die EU auch bei den Themen fast aller anderen Arbeitsgruppen eine wichtige Rolle, u.a. bei Genug für alle, der AG WTO und Welthandel, der AG Globalisierung und Ökologie, der AG Globalisierung und Krieg, der AG Wissensalmende und der AG Migration.

Von den mir derzeit bekannten Plänen von Regionalgruppen ist vor allem erwähnenswert, dass Attac-Stuttgart im Frühjahr 2007 eine Konferenz zu Mittel- und Osteuropa plant.

Die EU ist auch immer wieder wichtiges Thema innerhalb der Europäischen Attac-Koordination und bei der bilateralen Zusammenarbeit mit anderen nationalen Attac-Organisationen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die derzeit laufende Begleitung der österreichischen EU-Ratspräsident durch Attac-Österreich.

Dort fand und findet derzeit folgendes statt:

- Zu Sylvester fand eine große gemeinsame Party statt, mit der man sich gemeinsam auf die Aktivitäten während der EU-Ratspräsidentschaft einstimmt.
- Zu Jahresbeginn veranstaltete man ein „Katerfrühstück“, zu dem die Presse eingeladen wurde und bei dem die geplanten Aktivitäten während der EU-Ratspräsidentschaft und ein von Attac herausgegebener Sammelband mit EU kritischen Beiträgen vorgestellt wurden.
- Aus Anlass eines in Graz stattfindenden ECOFIN (die Ratsformation, bei der sich die EU-Wirtschafts- und Finanzminister treffen), veranstaltete man am gleichen Ort in zeitlicher Nähe einen alternativen ECOFIN, bei dem man sich in einem Bündnis vor allem mit der Euromemogruppe und Gewerkschaften kritisch mit der herrschenden Wirtschaftspolitik der EU auseinandersetzte.
- Aus Anlass des EU-Lateinamerika-Gipfels beteiligte man sich an einem von einem breiten Bündnis europäischer und lateinamerikanischer Organisationen getragenen Alternativgipfel in Wien.

Attac Österreich hat zur Planung und Durchführung all dieser Aktivitäten eine eigene, zeitlich befristete Stelle geschaffen, aktiv in zahlreichen Bündnissen mitgearbeitet und umfangreiches Fundraising betrieben.

Auf europäischer Ebene besteht der Wunsch, dass diese Art der Begeleitung von EU-Ratspräsidentschaften in Zukunft fester Bestandteil der Aktivitäten der nationalen Attac-Verbände wird, deren Länder gerade die EU-Ratspräsidentschaft inne haben. Attac Finnland, deren Regierung vor uns die EU-Ratspräsidentschaft inne hat und Attac Frankreich, deren Regierung nach uns dran ist, haben bereits signalisiert, dass sie ebenfalls in diese Richtung aktiv werden wollen.

Neben diesen Aktivitäten spielt noch die Diskussion zu unseren Alternativen zum EU-Verfassungsvertrag eine wichtige Rolle. Auch hierzu gibt es auf europäischer Ebene mittlerweile einen vor allem von Attac Frankreich angestoßenen Prozess. Wollen wir, dass unsere Aktivitäten gegen den EU-Verfassungsvertrag auf Dauer erfolgreich sind, ist es wahrscheinlich von großer Wichtigkeit, dass wir dazu auch bei unserer Diskussion zu Alternativen zu konkreteren Ergebnissen kommen.

Bei allen Diskussion um Ressourcen und Aktivitäten in Attac zur EU-Ratspräsidentschaft ist außerdem zu beachten, dass im Frühsommer der G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock stattfindet, zu dem breit mobilisiert werden soll.

Stand der Diskussion und Vorbereitung in Attac

Bisher wurde für den 27. Mai zu einem ersten Vorbereitungstreffen in Berlin eingeladen. Es bestehen lose Kontakte zu potenziellen Bündnispartnern in Gewerkschaften und der Ökologiebewegung, allerdings ohne, dass sich dort bereits konkrete Pläne zur Durchführung gemeinsamer Aktivitäten manifestiert hätten. Außerdem besteht enger Kontakt zu den Organisatoren der von Attac Österreich organisierten Aktivitäten.

Innerhalb Attacs, insbesondere im KoKreis, gibt es nach meiner Wahrnehmung bisher mindestens drei grundsätzlich verschiedene Positionen, die vor allem auf einer unterschiedlichen Wahrnehmung darauf beruhen, in wie weit eine EU-Ratspräsidentschaft heute noch im jeweiligen Land überhaupt ein wichtiges Event ist bzw. es einen Ressourcenkonflikt zwischen einer breiten Mobilisierung zum G8-Gipfel gibt.

- Stimmen, die einen starken Konflikt bezüglich Ressourcen und/oder Mobilisierungspotenzial zwischen Aktivitäten der EU-Ratspräsidentschaft der Mobilisierung zum G8-Gipfel sehen, sprechen sich dagegen aus, die EU-Ratspräsidentschaft als eigenständigen Schwerpunkt neben dem G8-Gipfel zu begleiten. Das betrifft dann insbesondere Konferenzen wie einen alternativen ECOFIN

oder eine Forcierung der Alternativendiskussion zum EU-Verfassungsvertrag. Alle Aktivitäten, die nicht der Mobilisierung nach Heiligendamm dienen, sollen dementsprechend nicht über das normale Maß hinaus stattfinden, dass auch dann stattfindet, wenn die EU kein besonderer Schwerpunkt ist.

- Andere Stimmen sprechen sich nur dann für umfangreichere Aktivitäten zur EU-Ratspräsidentschaft aus, wenn absehbar wird, dass in dieser Zeit bestimmte für uns wichtige Themen verstärkt in der öffentlichen Aufmerksamkeit auftauchen, wie das zum Beispiel während des Referendums zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich war oder vor der Abstimmung zur Dienstleistungsrichtlinie im Europäischen Parlament. Dem liegt die Überlegung zu Grunde, dass Ratspräsidentschaften heute keine Ereignisse mehr sind, die per se eine größere Aufmerksamkeit für EU-Themen im entsprechenden Land bedeuten und eher eine Routinetätigkeit darstellen, wie es z.B. die Ratspräsidentschaft eines deutschen Bundeslands im Bundesrat ist.
- Die dritte Position vertritt die Ansicht, dass es innerhalb von Attac mittlerweile breite Aktivitäten zur EU gibt und die mit der EU-Ratspräsidentschaft verbundene verstärkte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und bei Bündnispartnern sehr wohl eine Chance gibt, in der Behandlungen dieser Themen weiterzukommen, unabhängig davon, ob es während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft das große Megaevent gibt. Auch Bedenken bezüglich möglicher um Konflikte um Ressourcen und Mobilisierungspotenzial für Heiligendamm werden nicht in dem Maße geteilt, wie von der ersten erwähnten Position dargestellt, da es sich zum Teil um unterschiedlich Spektren handeln dürfte, die die entsprechenden Aktivitäten tragen.

Innerhalb von Attac sollten wir daher im Hinblick auf die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft vor allem folgende Fragen klären:

- In welchem Ausmaß und wie lassen sich die Mobilisierung anlässlich des G8-Gipfels und die Aktivitäten zur EU-Ratspräsidentschaft verbinden (z.B. bei den Themen Energie oder der Stellung der EU in der Welt)?
- Welche Aktivitäten können/wollen wir starten, die zwar zur Begleitung der EU-Ratspräsidentschaft dazugehören würden, aber auf Grund einer thematisch engeren Themenfassung eher nichts oder nur wenig mit einer Mobilisierung zum G8-Gipfel zu tun haben (z.B. alternativer ECOFIN, Diskussionsprozess zu Alternativen zum EU-Verfassungsvertrag und Problematik EU-Osterweiterung)?
- Wie und in welchem Ausmaß lassen sich einzelne in Attac zu EU-Themen arbeitende Zusammenhänge sinnvoll zusammenführen?

Anhang 2 – To Do – Liste bei der Ratschlagsvorbereitung

To Do – Liste bei der Ratschlagsvorbereitung (anhand der Erfahrungen vom Frühjahrsratschlag 2006)

Vorbereitungsbeginn:

Ein besonders gern gemachter Fehler, der sich regelmäßig rächt, ist es, zu spät mit der Vorbereitung anzufangen. Nicht weil soviel zu tun wäre, nein vor Allem, weil einige Dinge eine gewisse Vorlaufzeit benötigen. Insbesondere bei Anträgen mit Delegiertensystem sollte zwei Monate vor dem Ratschlag eine Antragsfrist bis ein Monat vor dem Ratschlag bekannt gegeben werden. Nach dieser Frist, sollten alle Anträge veröffentlicht werden. Nur so ist gewährleistet, dass alle Gruppen und Mitgliedsorganisationen in Ihren Plena darüber befinden können. Selbiges gilt auch für das Delegiertensystem. Einen Delegiertenschlüssel findet man auf der Attac-Internetseite.

Einladungen:

Ganz egal wie früh, breit und häufig ihr zum Ratschlag einladet: Es werden beschwerden kommen, dass der Termin unzureichend publiziert wurde. Sichert euch diesbezüglich gut ab. Ich halte zwei Einladungen, eine drei bis vier Wochen und eine ein bis zwei Wochen vor dem Ratschlag bekannt. Diese sollten über so viele Listen wie möglich gehen, insbesondere Gruppen, Attac-D, Mitgliedsorganisationen und die Listen der bundesweiten AGs. Es sollte auch rechtzeitig ein Vermerk unter Termine auf der Homepage-Startseite gemacht werden. Weiter ist es sinnvoll, den Ratschlag in den elektronischen und postalischen Rundbriefen bekannt zu machen.

Internetseite:

Es macht Sinn, relativ zeitig eine Ratschlagsinternetseite online zu stellen. Unbedingt enthalten muss sie neben einem Einladungstext und einem nach und nach konkreter werdenden Programm ein Online-Anmeldeformular und Informationen zu Essen und Übernachtung. Ein nettes Angebot ist auch eine Mitfahrbörse und Dinge wie eine Hotelübersicht, ein Link zur regionalen Fahrplanauskunft etc. Bei der technischen Seite helfen Webmaster und Webbüro gerne weiter. Zur Veranschaulichungen können auch die alten Seiten noch angeschaut werden, z.B. www.attac.de/ratschlag-braunschweig.

Mailingliste:

Ihr könnt euch die Arbeit deutlich vereinfachen, in dem ihr eine Mailingliste der Vorbereitungsgruppe erstellt, über die alle organisatorischen Angelegenheiten geregelt werden können. Es ist aber auch sinnvoll, nicht jede Kleinigkeit über die Liste abzustimmen, da man sich sonst schnell ewig mit unwichtigen Dingen aufhalten muss. Man entwickelt hierfür aber sehr schnell automatisch ein Gefühl, wo Abstimmung über die Liste angemessen ist. Ergänzend zur Mailingliste ist es sinnvoll eine wöchentliche Telefonkonferenz mit allen an der Vorbereitung beteiligten durchzuführen. Vieles lässt sich so besser abstimmen.

Gremien:

Wichtig ist es, frühzeitig Kontakt mit der örtliche Gruppe, dem Webbüro, dem Ko-Kreis und dem Bundesbüro aufzunehmen. Es ist unabdingbar, gewisse Aufgaben, in diese Bereiche zu delegieren. Im Großen und Ganzen sind diese auch sehr kooperativ, wenn auch man manchen etwas hinterher rennen muss. Bei Fragen bzgl. Anträgen oder Programmpunkten/Referenten ist es sinnvoll zu versuchen, möglichst unbefangene Ansprechpartner zu finden. Das ist nicht immer ganz einfach.

Infrastruktur/Busse:

Was die Infrastruktur vor Ort betrifft ist eine enge Zusammenarbeit mit der lokalen Regionalgruppe sehr hilfreich. Es ist wichtig, dass alle wissen, wie sie vom Bahnhof zum Veranstaltungsort kommen. Auch sind Hinweise zur kulturellen Umgebung des Veranstaltungsortes sehr schön. Was es bisher noch nicht gab, aber künftig sehr schön wäre, ist ein Bussystem, bei dem Sammelbusse gemietet werden, die aus verschiedenen Regionen Deutschlands um Veranstaltungsort fahren, den ein großes Hemmnis sind immer die hohen Anfahrtkosten, das könnte damit abgedeckt werden

Essen/Übernachtung/Technik:

Wichtig ist, dass es ein vegetarisches Essensangebot gibt. Erfahrungsgemäß sind die Kantinen vor Ort sehr kooperativ. Alles Weitere ist mit diesen abzustimmen. Sinnvoll ist es, wenn sich darum die Regionalgruppe kümmert. Auch für eine Übernachtungsmöglichkeit (Turnhalle etc.) muss gesorgt sein. Nicht zu vergessen ist auch die technische Infrastruktur (Beamer, Internetzugang). Weitere Tipps dazu kann

das Bundesbüro geben.

Anmeldeformular:

Am einfachsten ist ein Onlineanmeldeverfahren. Das Webbüro hat damit bereits Erfahrung. Das Anmeldeformular sollte ca. einen Monat vor dem Ratschlag verfügbar sein. Alle eingehenden Anmeldungen sollten regelmäßig in eine Excel-Tabelle erfasst werden. Vor Ort sollte es dann einen Anmeldestand geben, dem diese Tabelle vorliegt. Wichtig abzufragen sind Name, Mailadresse, ggfs. Postadresse, Übernachtung, Infos zum Essen (wann/was), Helfer, ggfs. Reader.

Markt der Möglichkeiten:

Dieser ist ein sehr schöner Teil für das Rahmenprogramm. Potentielle Ansprechpartner für Stände sind Mitgliedsorganisationen, bundesweite AGs und Kampagnen, sowie lokal ansässige Verbündete. Auch schön ist ein Getränkestand an dem es auch ein bisschen was zum Naschen gibt, machen könnte dies z.B. ein lokaler Weltladen. Das Bundesbüro organisiert i.d.R. einen Büchertisch.

Pressearbeit:

Üblich ist eine Pressekonferenz am Mittag des ersten Tages, eventuell kann auch eine nach dem Abschluss sinnvoll sein. Auf jeden Fall sollte es nach dem Abschluss eine Pressemitteilung geben. Kontaktiert diesbezüglich am besten den/die Pressesprecher/in und die Presse AG des Ko-Kreises.

Gäste/Moderation:

Wenn ihr Referenten von außen einladet, vergesst nicht, Fragen nach Honorar, Reisekosten und Unterkunft rechtzeitig zu klären. Bei fremdsprachigen Referenten ist eine Übersetzung notwendig. Auch sehr wichtig ist eine professionelle Moderation. Bei all diesen Punkten gibt es in Attac sehr sinnvolle, brauchbare Erfahrungswerte. Wenden euch diesbezüglich am besten zunächst ans Bundesbüro.

Reader:

Es ist für die Teilnehmer sehr hilfreich, wenn ein Reader erstellt wird. Enthalten sollte dieser vor Allem: Technische Infos zur Lage vor Ort, nähere Infos zu den einzelnen Programmpunkten, Kontaktadressen und alle Anträge in kompletter Form. Er kann natürlich noch durch weitere Dinge verschönert werden, z.B. Fahrpläne etc. Tipp: Verkünstelt euch dabei nicht zu sehr, so ein Reader kann sehr schnell unverhältnismäßig viel Arbeit machen. Es ist sinnvoll, den Reader vorab als Mailanhang zu versenden, aber auch eine kleine Zahl gedruckter Exemplare sollte vor Ort verfügbar sein.

Weitere Tipps und Fragen:

Versucht die Übersicht über alle anstehenden Aufgaben zu behalten. Am besten ist es eine To-Do-Liste zu führen, die regelmäßig aktualisiert wird und aus der hervorgeht, wer bis wann was macht. Trefft feste und verbindliche Absprachen. Bei weiteren Fragen stehe ich auch gerne zu einem späteren Zeitpunkt noch zur Verfügung. Mehr fällt mir im Moment nicht ein...

Also dann, auf gutes Gelingen!

Steffen Stierle
steffen@attac.de

Anhang 3

Solidaritätserklärung anlässlich der Aufhebung der Immunität von Tobias Pflüger

Auf Grund der vagen und von Tobias Pflüger vehement bestrittenen Anschuldigungen zweier Polizisten, sie beleidigt und einen um seine Schulter gelegten Arm zur Seite geschlagen zu haben, hob das Europäische Parlament entgegen seiner bisherigen Gepflogenheit am 17. Mai 2006 die Immunität seines Mitglieds und unseres wissenschaftlichen Beirats Tobias Pflüger auf.

Bisher lehnte es das europäische Parlament in der Regel ab, die Immunität eines Mitglieds aufzuheben, wenn der Verdacht bestand, dass ein gerichtliches Verfahren nur deshalb eingeleitet wurde, um dem betreffenden Mitglied zu schaden.

Nach Ermittlungen in den Jahren 1999, 2003 und 2004 ist dieses auf das Jahr 2005 zurückgehende Verfahren bereits das vierte, dass die Staatsanwaltschaft München I gegen Tobias Pflüger anlässlich seiner Beteiligung an Protesten gegen die Münchener NATO-Sicherheitskonferenz anstrengt. Die Vorwürfe aus dem Jahr 1999 führten zu einem Freispruch, das Verfahren aus dem Jahr 2003 wurde zwischenzeitlich eingestellt und für die im Jahr 2004 erfolgte Festnahme entschuldigte sich später sogar die Polizei.

Obwohl

- von der betreffenden Staatsanwaltschaft bereits dreimal Ermittlungen gegen Tobias Pflüger angestellt wurden, bei denen sich die Vorwürfe immer als haltlos erwiesen,
- die Polizisten ihre Anzeigen erst ein halbes Jahr nach der angeblichen Tat erstatteten,
- er auch diesmal die gegen ihn erhobenen Vorwürfe vehement zurückweist
- und die Münchner Sicherheitskonferenz ein Ereignis war, an dem er in Ausübung seines politischen Mandats als Abgeordneter teilnahm

wollte das Europäische Parlament in der erneuten Beschuldigung

- weder den Verdacht auf eine Verbissenheit der Justiz gegenüber seiner Person sehen,
- noch den Verdacht auf eine Handlung, die darauf abzielt, seiner politischen Tätigkeit als Europaabgeordnetem zu schaden.

Im zuständigen Parlamentsausschuss wurde Tobias Pflüger nur wenige Minuten Zeit gegeben, sich zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu äußern. In dem vom Ausschuss für die Parlamentsabstimmung verfassten Bericht wurden wichtige Informationen entweder gar nicht erwähnt oder nicht ausreichend gewürdigt.

Attac verurteilt deshalb die Aufhebung der Immunität von Tobias Pflüger als Akt der politischen Willkür. Das Europäische Parlament läuft damit Gefahr, die Immunität seiner Abgeordneten zunehmend zum Spielball politischer Interessen zu machen und damit wichtige Rechte aufzugeben, die für das Funktionieren eines demokratischen Parlaments unabdingbar sind.

Bezüglich der jetzt erneut gegen Tobias Pflüger ermittelnden Staatsanwaltschaft München I erklärt Attac ihm gegenüber seine volle Solidarität. Es begrüßt ganz ausdrücklich, dass er auch für das kommende Jahr seine Beteiligung an den Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München angekündigt hat.